

Gesichtet und gesiebt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **54 (1979)**

Heft 1

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gesichtet und gesiebt

Öffentliche Bauaufträge helfen über die Durststrecke

Im Jahre 1970 machte der «Öffentliche Bau» (Bund, Kantone und Gemeinden) 36,8% des gesamten Bauvolumens in der Schweiz aus. Im Jahre 1973 (Konjunkturspitze) sank der öffentliche Anteil auf 35% des damaligen Rekord-Gesamt volumens. In der Rezessionszeit verringerte sich das private Bauvolumen erheblich. Dafür sorgten die Aufträge der Öffentlichen Hand, dass das Baugeschäft nicht noch stärkere Einbrüche über sich ergehen lassen musste. Das führte dazu, dass 1977 sogar 44,7% des Gesamtbauvolumens auf Aufträge der Öffentlichen Hand entfielen, was gewisse gewerbliche Steuerabbauer gern vergessen.

Grosse Wohnungsnachfrage in Genf

Der zuständige Staatsrat (Regierungsrat) des Kantons Genf meldete «eine gespannte Lage auf dem kantonalen Wohnungsmarkt. Die angebotenen Wohnungen seien im allgemeinen zu klein und zu teuer für die Bedürfnisse einer Familie». Die geburtenreichen Jahrgänge von 1956-1958 suchen bereits Wohnungen und tragen damit zur angespannten Lage bei. Ende 1977 seien nur noch rund 1900 Wohnungen unvermietet gewesen, wovon rund die Hälfte sogenannte Studios, also ungeeignet für Familien. Im Jahre 1978 seien wohl rund 2000 Wohnungen gebaut worden, doch hätten sich 10000 Interessenten gemeldet.

Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten

Obschon der Bundesrat mit Rücksicht auf das 1,3 Milliarden-Voranschlagsdefizit nur einen Kredit von 12,5 Mio Franken für das Jahr 1979 verlangt hatte, wurden in beiden eidg. Räten nach Diskussionen 15 Mio Franken für die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten beschlossen. Damit erhielt die grosszügige Wohnbausanierung in unseren «Entwicklungsgebieten» erste Priorität.

Gut beschäftigtes Sanitär-, Spengler- und Heizungsgewerbe

Der schweizerische Verband dieser Baunebenbranchen (SSIV), dem 3000 Betriebe angeschlossen sind, meldete für das dritte Quartal 1978, dass 78,8% der

befragten Betriebe der Region Zürich momentan gut beschäftigt seien, in nicht ganz 20% der Betriebe sei die Beschäftigungslage wenigstens befriedigend.

Begehrter Wohnsitz in der Schweiz

Ein Meinungsforschungsinstitut in der BRD hat über 1000 Westdeutschen die Frage unterbreitet, wo sie am liebsten wohnen möchten, wenn eine Veränderung möglich wäre und sie viel Geld zur Verfügung hätten. An der Spitze dieser Wunschländer steht mit 45% die Bundesrepublik Deutschland. In der «Rangliste» folgt hinter dem Heimatland die Schweiz mit 13% an zweiter Stelle, vor Spanien und den USA mit je 5%.

Zum spekulationsfreien Grundeigentum

Im vergangenen Dezember hat eine neue Initiantengruppe, die vorwiegend aus Westschweizer Bauern zusammengesetzt ist, eine Schweizerische Vereinigung für ein spekulationsfreies Grundeigentum gebildet. Diese Gruppe lancierte bereits ein Volksbegehren und hofft auf gute Unterstützung auch aus der deutschsprachigen Schweiz.

Den Initianten geht es vor allem um die Sicherung landwirtschaftlichen Bodens und seiner vernünftigen Nutzung. So wird von dieser Seite unter anderem verlangt, dass landwirtschaftlicher Boden künftig nicht teurer als zum Ertragswert verkauft werden dürfe. Auch der Baulandpreis solle sich nur nach dem landwirtschaftlichen Ertragswert, den Planungs-, allfälligen Erschliessungskosten, nebst Steuern zusammensetzen.

Steuersorgen der Stockwerk- oder Wohnungseigentümer

Die Besitzer der rund 15000 Eigentumswohnungen im Kanton Zürich sind sehr ungehalten, weil sie gegenüber den rund 58000 Einfamilienhaus- und Villenbesitzern steuerlich benachteiligt seien. Von diesen Kreisen wird betont, dass diese ungleiche Behandlung von Wohnungseigentümern verschiedener Art keineswegs der «aus staatspolitischen Gründen nötigen Förderung des Stockwerkeigentums» diene. Angesichts der angespannten Finanzlage kann das Steueramt begrifflicherweise nicht neue Geschenke machen. Aus Gerechtigkeitsgründen sollen nun aber die Eigenmietwertansätze für Einfamilienhausbesitzer

für das Jahr 1979 um rund 50% erhöht werden. Gegen diese Absicht sind die Sekretäre des zürcherischen Haus- und Grundeigentümerverbandes und andere Interessierte im Kantonsvorstand Sturm gelaufen.

Gemeinsinn für das Energiesparen

Die sogenannte Ölkrise liegt bereits fünf Jahre zurück. Männiglich hat sich in die alten Geleise zurückgefunden und verbraucht gedankenlos Energie. Die «Schweizerische Aktion Gemeinsinn für das Energiesparen (SAGES)» versucht, initiativ die Energiebilanz unseres Landes zu verbessern. Bundespräsident W. Ritschard anerkannte kürzlich ausdrücklich die Wichtigkeit des von der SAGES verfolgten Zweckes. Die Energieverschwendung sollte so rasch und so weitgehend als möglich abgebaut werden. Für die nationale Energiebuchhaltung seien solche Aktivitäten wichtig.

Damit hat unser Energieminister das Startsignal gegeben für eine Aktion «Energiesparen im Einfamilienhaus», an der unter Führung der SAGES verschiedene Bundesstellen, dazu die ETH, der Schweiz. Hauseigentümer- und andere Interessenverbände beteiligt sind. Vor allem wird den Einfamilienhausbesitzern empfohlen, auf Grund eines von ihnen auszufüllenden Fragebogens, der durch Fachleute beurteilt wird, die «Energiekennzahl» ihrer Liegenschaft zu erfahren. Diese «Energiekennzahl» soll dann den Entscheid erleichtern, ob und allenfalls welche Investition als Energiesparmassnahmen zu ergreifen sind.

Von Obdachlosen in unserer Gesellschaft

Einem vom BRD-Ministerium für Jugend, Familie und Sport gegebenen Forschungsauftrag und -bericht ist zu entnehmen, dass in der doch hochentwickelten Bundesrepublik Deutschland rund 220 000 Menschen kein Dach über dem Kopf haben und rund 500 000 unter obdachlosen-ähnlichen Bedingungen leben. «Von Obdachlosigkeit sind vor allem kinderreiche Familien der sozialen Unterschicht sowie Alleinstehende, insbesondere geschiedene und getrennte Mütter mit Kindern betroffen.» Ursache der Obdachlosigkeit seien hauptsächlich Arbeitslosigkeit, Krankheit, familiäre Notsituationen und Zahlungsunfähigkeit.